

14. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen

am 29./30. Oktober in Dietzenbach

Beschlossene Anträge

Inhaltsverzeichnis

Anträge	2
Satzungsanträge	21
Initiativantrag / Resolution	22

14. Landesparteitag DIE LINKE. Hessen 29./30.10.2022

Beschlossene Anträge

Antrag 01 Leitantrag

Beschluss 14. Landesparteitag 29./30.10.2022

LINKES Feuer der Solidarität! Statt sozialer Kälte der Regierenden

Wir leben in einer Zeit sozialer Kälte, grausamer Kriege und fortschreitender Naturzerstörung und zunehmender klimatischer Extreme.

Aktuell explodieren in Stadt und Land die Mieten. In den hessischen Ballungsgebieten zahlt man teilweise mehr als 50 Prozent des eigenen Einkommens für Mieten. Frankfurt schafft es bundesweit beim Quadratmeterpreis auf Platz 2. Einkaufen ist im Vergleich zum Vorjahr über 13 Prozent teurer geworden, Tendenz steigend. Gleichzeitig reiben sich die großen Energieunternehmen angesichts explodierender Gewinne die Hände. Die Regierung schafft es nicht, die Bürger*innen, insbesondere Menschen im Leistungsbezug oder Mini- und Midi Jobs zu entlasten und die Auswirkungen der derzeitigen Krisen solidarisch zu verteilen bzw. abzufedern.

Mit SPD, GRÜNEN und FDP werden Gewinne werden privatisiert, Verluste müssen die Bevölkerung tragen. Wer solche Politik macht, hat kein soziales Gewissen und spaltet die Bevölkerung. Dagegen hilft nur gesellschaftlicher Druck, den wir auch weiterhin gemeinsam mit unserem Partner*innen auf der Straße und in den Parlamenten organisieren.

Lasst uns überall deutlich machen: Wir sind die soziale-ökologische Antwort auf das ignorante Verhalten der Bundesregierung!

Wir werden eine lautstarke Stimme für diejenigen sein, die das Ende des Monats genauso fürchten wie die Zerstörung unserer Lebensgrundlage auf diesem Planeten. Für uns stehen die Interessen der Beschäftigten und der ärmeren Hälfte der Gesellschaft im Mittelpunkt. Dafür brauchen wir Klimaschutz mit sozialer Absicherung für alle, klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, gute Löhne und echte Mitbestimmung. Wir wollen eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, Schulen, Kinderbetreuung und öffentlichen Nahverkehr. Dafür wollen wir Reichtum endlich gerechter besteuern, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschafts- und Unternehmensbesteuerung. 76 Prozent der Deutschen sprechen sich für eine Übergewinnsteuer aus, sechs europäische Länder haben sie bereits. Und warum ist die Energieversorgung überhaupt in privater Hand?

Aber Christian Lindner sieht durch die getönten Scheiben seines Luxusdienstwagens weder Übergewinne der Energiekonzerne noch die ernststen Sorgen der kleinen Leute. Wir werden weiterkämpfen für eine gerechte Steuerpolitik!

Die Kampagne „#Ichbinarmutsbetroffen hat deutlich gemacht, wie viele Menschen unter Armut in einem der reichsten Länder der Welt leiden müssen. Viele Menschen haben Angst vor der Heizkostenabrechnung, vielen haben Angst vor dem Winter.

Deshalb: Lasst uns denen, die durch ihre Politik soziale Kälte in der Gesellschaft verbreiten, Feuer machen! Eine andere Weltordnung, solidarisch, demokratisch sozial und klimagerecht, bleibt nötiger denn je und ist möglich.

Gute Arbeit – Wertschätzende Löhne statt Niedriglohnsektor und Hartz IV

Deutschland und Hessen befinden sich in der schwersten Inflationskrise seit 50 Jahren. Im reichen Hessen sind so viele Menschen arm wie noch nie: Jede*r Fünfte, bei Kindern und Jugendlichen ist es fast jede*r Vierte!

Die übermäßig gestiegenen Preise beispielsweise für Heizöl, Kraftstoffe und Nahrungsmittel belasten besonders arme Menschen nach den Pandemie Jahren mit Kurzarbeit und Jobverlusten schwer.

Insbesondere die Hartz IV und Sozialleistungs-Bezieherinnen gehen bei den Hilfspaketen der

Bundesregierung fast leer aus. Die 3 Euro mehr im Regelsatz in diesem Jahr und 50 Euro in nächstem Jahr sind ein absoluter Witz. Eine Studie des paritätischen Wohlfahrtsverbands kommt zu dem Ergebnis, dass man den Regelsatz auf 678 Euro erhöhen muss. Lebensmittelausgaben, Kleiderkammern und Secondhandläden können den viel zu niedrigen Satz auch nicht auffangen.

Schon jetzt liegen die Stromkosten real 30%-50% über dem im Regelsatz angelegten Posten der „Energie und Wohnungsinstandhaltung“ von 38,07 Euro monatlich.

Auch der Verpflegungssatz fällt viel zu gering aus. Ein Erwachsener hat derzeit 5,19 Euro pro Tag für Essen zur Verfügung. Für ein 5-jähriges Kind liegt dieser noch deutlich darunter. Lediglich 2,92 Euro sind hier vorgesehen. Ab 10 Jahren stehen Kindern 4,09 Euro Verpflegungssatz pro Tag zur Verfügung.

Die Tafeln sind dabei vielen Menschen gar nicht zugänglich. Sie legen strenge Kriterien an, wer „zugangsberechtigt“ ist oder nicht. Ohne Sozialleistungsbezug ist es nicht möglich eine freie Lebensmittelabgabe für Erwachsene zu bekommen. Vielerorts muss man nach 1-2 Jahren pausieren. Das heißt, gerade wenn man alle Ressourcen aufgezehrt hat, kann man auch die Tafel nicht mehr nutzen. Ebenso können Schülerinnen, Rentnerinnen oder Menschen mit Schulden nicht auf die Tafel zurückgreifen. Die LINKE Hessen diskutiert daher, Lebensmittelgutscheine als Alternative zur Tafel, solange die Bundesregierung die Regelsätze nicht erhöht. Sozialstaat statt Wohlfahrt: Es braucht einen öffentlich-rechtlich geförderten Beschäftigungssektors und die Abschaffung von Niedrig- und Minilöhnen ohne Sozialleistungsanspruch.

Die dringend notwendigen Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung für die Bürger*innen bleiben sozial unausgewogen.

Auch der beschlossenen Energiepreisdeckel wird in dieser Form nicht ausreichen, Selbst der Mittelstand ist bedroht in Armut abzurutschen. Stetiges Steigen der Energiepreise, den sowieso schon hohen Druck auf die Menschen, die davor bereits Schwierigkeiten hatten, ihre Wohnkosten zu begleichen. Ratschläge zum Duschverhalten der Betroffenen aus der Regierung sind dabei einfach nur ignorant und menschenverachtend.

Als LINKE kämpfen wir zusammen mit Gewerkschaften um gute und vor allem tarifgebundene Löhne, die zum Leben reichen und gegen die Politik der anderen Parteien, die am Ende nur den Interessen des Kapitals dienen. Wir wollen eine Arbeitswelt, in der Mitbestimmung im Betrieb und Tarifbindung Alltag sind. Ausbeutung und prekärer Beschäftigung sagen wir den Kampf an. In Hessen wollen wir, dass Land und Kommunen bei Ausschreibungen soziale und ökologische Kriterien wie Tariftreue und Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden und ebenso Energieeffizienz oder ökologische Baumaterialien berücksichtigen müssen.

Es braucht klare Richtlinien gegen einen Preiswettbewerb auf dem Rücken der Arbeitenden. Digitalisierung muss echten sozialen Fortschritt bedeuten: Statt immer weniger Kolleg*innen immer mehr Aufgaben und Arbeitsverdichtung zuzumuten, wollen wir eine Arbeitswelt, die sich an den Bedürfnissen der Arbeitenden ausrichtet. Anstatt die Digitalisierung einseitig zur Steigerung des Profits der Konzerne und ihren Aktionär*innen zu nutzen, muss der Produktivitätsfortschritt den Beschäftigten durch kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen zugutekommen.“ Wir kämpfen zusammen mit den Beschäftigten in den sozialen Berufen für ~~mehr~~ Wertschätzung, die sich unter anderem in Arbeitsentlastung und bessere Bezahlung zeigt. Deshalb muss auch z.B. das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) schleunigst zurück in öffentliche Hand.

Medizinische Versorgung zurück in öffentliche Hand: Gesundheit ist keine Ware

Die Hälfte aller hessischen Kliniken ist mittlerweile in privater Hand. Kleinere kommunale Krankenhäuser sind aufgrund roter Zahlen immer noch in ihrer Existenz bedroht.

Hessen war Vorreiter bei der Privatisierung. Ein Argument damals: Das Land müsse künftig kein Geld mehr für die Kliniken aufwenden. 2006 wurde das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) an den Konzern Rhön-Klinikum AG verkauft. Deutschlandweit das einzige Universitätsklinikum in privater Hand. Seitdem: Personalabbau, Einsatz von Niedriglohn-Firmen, trockengelegte Forschung, ständige Staatszuschüsse – alle Versprechungen der Privatisierer wurden gebrochen, die Leistungen gesenkt, Gewinne wurden ausgezahlt, das Klinikum an Asklepios weiterverkauft.

Für eine Klinik, die zu 95 Prozent einem profitablen Konzern gehört, sollen nun 500 Millionen fließen. Das ist beinahe das Fünffache dessen, was das Land damals bekommen hat. Der Kaufpreis lag bei 113 Millionen. Gleichzeitig hindert es Asklepios nicht weiter Druck auf die Politik auszuüben: Tariffucht und Outsourcing sind bekannte Strategie von Asklepios an allen Häusern. Laut eines Rechtsgutachtens von ver.di Hessen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen und der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag gibt es durchaus die Möglichkeit das UKGM Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum zu überführen. Die LINKE in Hessen ist momentan die einzige Partei, die ernsthaft die Rückführung des UKGM Hessen fordert.

Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land

Immer weniger Ärzte auf dem Land, zu wenig Betreuungsangebote für Kinder, lange Anfahrtswege zu Behörden und zu Einrichtungen des täglichen Bedarfs bei schlecht ausgebautem ÖPNV sind Alltagsrealität auf dem Land. Gleichzeitig können sich viele Menschen die horrenden Mieten der Städte nicht mehr leisten und stehen vor der Wahl: Unterversorgung und lange Anfahrtswege oder horrenden Mietkosten, die im schlimmsten Fall zu Verschuldung und Finanznot führen.

Es gibt in manchen Dörfern keine Post, Sparkasse und Bäckerladen mehr. Auch schnelles Internet oder Handynetze sind immer noch nicht überall in Hessen vorhanden. Kommunen und Landkreise werden nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet, um die Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen zu garantieren. Das Land Hessen muss stärker die ländlichen Regionen fördern und finanzieren.

Menschen müssen die Möglichkeit haben, selbst und frei zu entscheiden, ob sie auf dem Land wohnen wollen oder in einen Ballungsraum ziehen. Dies darf nicht davon abhängig sein, dass es auf dem Land keine Infrastruktur und Bahnverbindungen gibt oder fehlenden bezahlbaren Wohnraum in der Stadt. Besonders in den urbanen Zentren fordern wir die Sicherung und Ausweitung von bezahlbarem Wohnraum. Dafür braucht es eine Stärkung der kommunalen Wohnungsgesellschaften und eine gemeinwohlorientierte Bodenbevorratung sowie ein Verbot von Spekulationen.

Um umweltschädliche Eingriffe in das Stadtklima zu vermeiden, müssen Bodenversiegelungen weitgehend unterlassen werden. Zusätzlich sind Mieten und auch Mietnebenkosten zu deckeln, damit nicht Menschen aus ihren Wohnungen heraus gedrängt werden. Um den Individualverkehr einzudämmen, muss der ÖPNV gestärkt werden. Mobilität muss für alle zugänglich und leistbar sein. In den Städten ist der Nulltarif die wichtigste Forderung. Auf dem Land muss dazu gefordert werden, dass die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und die Taktung erhöht wird. Stillgelegte Gleisstrecken gehören reaktiviert.

Die Pandemie hat gezeigt: Diese vorwiegend von Frauen ausgeübten Berufe sind wirklich systemrelevant, denn ohne Erzieher*innen, Pflegenden, Sozialassistent*innen und Arbeitnehmer*innen in ähnlichen Berufen geht gar nichts.

Es sind eben nicht Banken, Fluggesellschaften, oder die Automobilindustrie, die mit bedingungslosen Finanzspritzen in Milliardenhöhe unterstützt werden müssen. Das zeigt besonders der jetzige Personalmangel am Frankfurter Flughafen: Wenn die Lufthansa 9 Milliarden Euro vom Staat ohne Gegenleistung bekommt, nur um im Gegenzug über 20.000 Kolleg*innen zu entlassen, braucht sie sich heute nicht verwundert die Augen reiben, wo die Arbeitskräfte denn geblieben sind.

Dafür kämpfen wir zusammen mit Gewerkschaften, Arbeitenden und Angestellten. Und dafür legen nur wir – DIE LINKE – uns in den Parlamenten und auf der Straße zusammen mit Bündnispartnern auch laut mit den Chef*innenetagen der Konzerne und deren Großaktionär*innen an.

Unser aller Lebensgrundlagen schützen, erhalten und stärken.

Überschwemmungen, Waldbrände, Dürren, Meere voller Plastik, Artensterben: Neue Ozonlöcher, massive Gletscherschmelze und, Korallensterben, Auftauen des Permafrostbodens, Austrocknen der Moore und Artensterben: Die Klima- und Umweltkatastrophe zeigt sich immer deutlicher. Alleine in Deutschland ist die Durchschnittstemperatur in den letzten Jahren um 1,5 Grad gestiegen und damit mehr als im globalen Durchschnitt. Hitzeperioden im Sommer werden immer häufiger und länger,

wohin gegen Kältephasen im Winter immer kürzer werden. Gleichzeitig nehmen Extremwetter zu: extreme Hitze mit Trockenheit, extremer Starkregen mit massiven Überschwemmungen. Alleine in den letzten knapp 30 Jahren gab es mindestens sieben größere Flutkatastrophen in Deutschland, viele davon waren Jahrhundertfluten.“

Während die Ampel laut über die Verlängerung der Atomkraft diskutiert, verschwitzt die Landesregierung Klimaanpassung. Wir wollen ein Hessen, in dem nachhaltige Landwirtschaft betrieben wird, in dem auf dem Land und in der Stadt der ÖPNV den Mobilitätsbedarf der Bevölkerung deckt, in dem die Bürger*innen an einer dezentralen Energieversorgung durch Erneuerbare beteiligt werden sowie unsere Natur und Klima vor Profiten stehen. Kurzum: Statt Politikbereiche gegeneinander auszuspielen, verbinden wir die soziale Frage und die Frage des Klimaschutzes. Ökologie und Soziales sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.

Die Energiewirtschaft ist für ein Drittel aller Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich – trotzdem bleibt die hessische Landesregierung beim Ausbau der regenerativen Energien zurück und belegt im bundesweiten Vergleich nur den traurigen 14. Platz. Wir wollen Stromkonzerne und Stromnetze in gemeinwohlorientierte öffentliche oder genossenschaftliche Hand überführen. Die Alternative sind Versorgung durch Kommunen und Energiegenossenschaften, sodass die Menschen bei der Stromproduktion dezentral vor Ort mitsprechen und von ihr profitieren können. Energiepolitik muss auch sozialer werden: Das Verbot von Strom- und Gassperren, ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas, die Wiedereinführung einer staatlich kontrollierten Strompreisaufsicht und die Einführung von Stromtarifen (Energie-Bonus), die Stromsparen belohnen, gehören für uns zu den wichtigsten Aspekten für eine klimagerechte Politik.

Die letzten trockenen Sommer haben gezeigt, was eigentlich schon lange bekannt war. Unsere Wasserversorgung ist nicht an die Klimakrise angepasst. In Hessen stammen 95 % des Trinkwassers aus Grundwasser, doch das wird immer weniger. Schwarz-Grün hat diese Entwicklung verschlafen. Wir müssen Wasser sparen und so viel Trinkwasser wie möglich durch Brauchwasser ersetzen. Es ist Wahnsinn, dass wir sauberes Trinkwasser noch immer für die Toilettenspülung oder die Gartenbewässerung verwenden und Regenwasser in die Kanalisation abfließt. Unsere Städte müssen zu Schwammstädten werden ohne Wenn und Aber.“

Schlechte Luft in den Großstädten, verödete Bushaltestellen auf den Dörfern, Raserei auf der Autobahn: Bei der Verkehrspolitik heißt es bei Landes- und Bundesregierung „Vorfahrt für Autos“.

Nach der verheerenden Rodung im Dannenröder Wald sollen in Hessen auch weiterhin artenreiche Ökosysteme vernichtet werden, um ein nicht zukunftsfähiges, klimazerstörerisches Verkehrssystem zu zementieren. So sollen etwa der Fechenheimer Wald im Frankfurter Osten für die Verbindung von A66/661 und der Stiftswald bei Kassel für den Bau der A44 gerodet werden. Wir stehen solidarisch an der Seite der Wald-Besetzer*innen und all derjenigen, die landesweit für eine klimagerechte Mobilität kämpfen. Wir fordern neben einem sofortigen Stopp aller hessischen Autobahn-Aus- und Neubauprojekte auch ein Rodungsmoratorium u. a. für den Fechenheimer Wald. Statt immer mehr Autobahnen, die erwiesenermaßen zu noch mehr Verkehr und Stau führen, braucht es eine massive Stärkung des ÖPNV.“

Wir finden, der ÖPNV muss grundlegend verändert werden: Ausgebaut, gut getaktet, barrierefrei und bezahlbar. Egal wie ländlich die Bushaltestelle auch ist, zwischen 6 und 22 Uhr muss das nächste Oberzentrum mindestens im Stundentakt erreichbar sein.

Wer den Individualverkehr wirklich reduzieren will, muss das Auto auch auf dem Land verzichtbar machen.

Hier können auch regionale Car- und Bikesharing Modelle das öffentliche Nahverkehrsnetz auf dem Land stärken. Dafür braucht es aber ein besser ausgebautes Fahrradwegenetz, das Rücksicht auf alle Verkehrsteilnehmenden zulässt und das Fahren sicher und leichtmacht.“

Bushaltestellen dürfen nicht ausgedünnt werden.

Wir kämpfen mit Bürgerinitiativen um die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wie z. B. der Ohmtalbahn, Gersprenztalbahn, Aartalbahn oder Lumdatalbahn.“ Jeder Meter Schiene zählt! Der ÖPNV ist zu teuer. Eine Monatskarte für den hessischen Regionalverkehr kostet bis zu 299€. Der Sommer hat gezeigt: das sind 290€ zu viel. Aber Mobilität sollte für alle gut zugänglich sein, deswegen wollen wir mittelfristig einen kosten-losen ÖPNV.

Zudem muss die Landesregierung die zentralen Ziele des Volksbegehrens "Verkehrswende in Hessen" aufnehmen und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr sowie Bus und Bahn gesetzlich verankern.“

Vielerorts können wir den Wald vor lauter toten Bäume nicht mehr sehen: Wir müssen unsere Umwelt schützen!

Hessen ist ein waldreiches Land. Durch den Klimawandel bedingte Unwetter und Trockenheit haben die Wälder in den letzten Jahren schwer geschädigt. Dies erfordert ein Umdenken im Forstwesen, weg von gewinnorientierter Forstwirtschaft der Hessen-Forst hin zu einem pflegenden, qualifizierten Forstwesen. Bei klimaangepassten Neuanpflanzungen ist auf den schonenden Umgang mit den Waldböden zu beachten. Die Wälder dienen in erster Linie Umwelt, Klima und Erholung. Deshalb wollen wir eine Land- und Forstwirtschaft, welche die ökologischen Leistungen von Äckern, Weiden und Wälder erhält, sie stärkt sowie die Bedingungen für Landwirt*innen und Konsument*innen schafft. Die EU-Agrarförderung muss grundsätzlich an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden. Subventionen für landwirtschaftliche Exporte müssen fallen, da sie meist den Menschen vor Ort schaden. Lokale, genossenschaftliche, effektive und umweltfreundliche Landwirtschaft muss stärker gefördert werden, dazu gehört auch die Versiegelung hochwertiger Ackerböden zu verhindern. Die Nutzung von Totalherbiziden muss verboten und eine ökologische Landwirtschaft, gefördert werden. Gutes Essen muss bezahlbar sein, dafür müssen Grundnahrungsmittel nicht nur von der Mehrwertsteuer befreit, sondern auch das Kartellrecht gestärkt werden.

Zudem erkennt der Landesverband an, dass eine der größten Klimasünder*innen der Welt die Tierwirtschaft ist

Ohne Frieden ist alles nichts

Durch den völkerrechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine, begleitet von erschreckenden Bildern, ist vielen Menschen wieder bewusstgeworden, wie essenziell Frieden ist.

Nach langen Monaten des Kriegs ist weiter kein Ende in Sicht und das Sterben geht weiter.

DIE LINKE ist solidarisch mit dem Deserteur*innen und alle anderen Menschen in den kriegsbeteiligten Ländern, die sich dem Krieg verweigern. Ihnen ist wie allen Menschen auf der Flucht Asyl zu gewähren.

DIE LINKE setzt sich für einen schnellen Waffenstillstand und eine diplomatische Lösung des Kriegs ein.

Auch in diesem Krieg und in seiner Vorgeschichte geht es um geopolitische Interessen. Der Krieg ist Teil eines Machtkampfs zwischen den USA mit ihren Verbündeten auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite. Durch die Aufrüstung der Ukraine in den letzten Jahren und durch die Waffenlieferungen direkt in den Krieg hinein ist ein Stellvertreterkrieg entstanden.“

Die NATO ist Russland schon heute vielfach überlegen, wir brauchen keine weitere Aufrüstung.

Wir vertrauen nicht auf den Einsatz der Machtmittel der Herrschenden, um Krieg und Militarismus zu bekämpfen. Wir lehnen eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr ab und bekräftigen unsere Forderung nach einem Rüstungskonversions-programm, die Umwandlung der Rüstungs-industrie in zivile Produktion. Schienen und Züge, statt Panzer und Raketen. Das sogenannte Sondervermögen für die Bundeswehr lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir die 100 Milliarden Euro für sozialen Ausgleich in einer für viele Menschen existenzbedrohenden Wirtschaftskrise und den sozial-ökologischen Umbau nutzen.

Es wird immer deutlicher, dass das Ziel der gegenwärtig beschlossenen Sanktionen nicht ist, durch eine Isolation der Russischen Föderation den Krieg möglichst schnell zu beenden. Stattdessen sollen sie dazu dienen, Russland langfristig zu schwächen. Frieden kann aber nicht durch Unterwerfung entstehen. Wir lehnen Sanktionen ab, mit Ausnahme solcher Maßnahmen, die sich unmittelbar - und nicht mittelbar - gegen die für den Krieg und für dessen Durchführung verantwortlichen Politiker*innen und Unternehmen bzw. dessen Profiteure richten. Wir lehnen insbesondere Sanktionen ab, die sich gegen die Zivilbevölkerung selbst richten, wie etwa die Verschärfungen von Visa-Bestimmungen, oder die als Teil eines Wirtschaftskriegs den Menschen in allen beteiligten Ländern schaden, ab.“

Seit vielen Jahren führen auch westliche Staaten – vorgeblich zum Schutz der Menschenrechte Kriege oder heizen Stellvertreterkriege wie in Syrien an. Auch die gescheiterten deutschen Kriegs-abenteuer in Afghanistan und Mali haben keinen Frieden gebracht und die soziale, ökonomische, sowie rechtliche Lage der Menschen ist immer noch katastrophal, wenn nicht schlimmer als jemals zuvor.

Bei diesen und anderen weltweit stattfindenden Kriegen sind Deutschland und hier insbesondere Hessen nicht nur wegen der Beteiligung der Bundeswehr ein zentraler Dreh- und Angelpunkt. Mit den Standorten der US-Armee in Wiesbaden besteht eine reelle Gefahr für die Bevölkerung. Statt der möglichen Stationierung der Hyperschallwaffen „Dark Eagle“ in Mainz-Kastel und der Entfaltung eines neuen Kalten Krieges fordert DIE LINKE. die Schließung aller ausländischen Militärbasen sowie ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Außerdem fordern wir den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

Gemein ist allen Kriegen, dass sie Elend und Flucht produzieren. Doch anstatt sich wenigstens der Verantwortung für die eigenen Verbrechen zu stellen und Menschen auf der Flucht aufzunehmen, wird die Festung Europa noch tödlicher.

Illegale Pushbacks sind inzwischen an der Tagesordnung und wer die Flucht in die EU schafft, wird unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lager gepfercht. Dieser Heuchelei stellen wir die Vision einer menschenrechtsbasierten Politik entgegen. DIE LINKE tritt kompromisslos für sichere Fluchtwege und das Bleiberecht für alle Geflüchteten unabhängig ihrer Herkunft ein: Kein Mensch ist illegal! Fluchtursachen gehören bekämpft. Wir kämpfen für eine Welt, in der kein Mensch fliehen muss – ob vor Krieg, Verfolgung, Hunger oder dem Klimawandel. Eine Einteilung in Geflüchtete 1. und 2. Klasse stellen wir uns entschlossen entgegen.

Gute Bildung für alle

Das hessische Bildungssystem ist ein Sanierungsfall. Von der Bausubstanz unserer Schulen, über die technische Ausstattung bis zum Lehrpersonal, mangelt es an allen Enden. Durch die Corona-Krise ist noch einmal deutlich geworden, dass nicht nur der Putz bröckelt, sondern es auch an Lehrkräften und digitaler Ausstattung fehlt.

Der Bildungserfolg hängt in Hessen viel zu stark von der sozialen und finanziellen Herkunft ab. Nur 8% schaffen einen Masterabschluss, wenn sie aus einem Nichtakademiker-Haushalt kommen. Dies liegt vor allem am dreigliedrigen Schulsystem, dass Kinder mit Behinderungen, Geflüchtete und Kinder aus einem Elternhaus mit wenig Einkommen systematisch diskriminiert. Die LINKE fordert daher eine Schule für ALLE, gemeinsamen Unterricht und kleinere Klassen. Der kostenlose Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten ist ein Menschenrecht!

In Hessen mangelt es an allem: zu wenige und gut ausgebildete Lehrer*innen, Intensivklassen für Geflüchtete, sozialpädagogische Angebote und echte Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Für eine Förderung und Teilhabe aller sind unsere Klassen viel zu groß. Die Schulen sind technisch zu schlecht mit Hilfsmitteln ausgestattet. Oftmals sind selbst die Gebäude stark sanierungsbedürftig, haben keinen ausreichenden Brandschutz und sind wenig klimafreundlich. Deswegen braucht es ein Programm der hessischen Landesregierung: alle Schule energetisch zu optimieren mit Photovoltaik und Solarpumpen auszustatten und an Fern- wie Nahwärmenetze anzuschließen. Gerade in diesem Winter drohen kalte Klassenräume, da sich Kommunen die explodierenden Heizkosten nicht leisten werden können. Besonders im ländlichen Raum mit Zwergschulen wird erneut eine Diskussion über Schulschließungen beginnen.

In den meisten europäischen Ländern gibt es einen kostenlosen Mittagstisch. Dieser muss auch in Hessen eingeführt werden und durch die Landesregierung gegenfinanziert sein. Wenn bis 2026 eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen umgesetzt werden soll, muss auch erheblich in Gebäude investiert werden. Eine Mensa, Ruheräume, Werk-Bastelstätten und zugängliche Computer- Musikräume sollten zu einem Ganztagsangebot selbstverständlich dazu gehören.

Der ÖPNV sollte für alle Schülerinnen kostenfrei sein: Es muss ein kostenloses Schülerticket für ALLE geben, dass bis in die Oberstufe hessenweit gilt. Die 3km Regel ist nicht mehr zeitgemäß und führt dazu, dass viele Eltern ihre Kinder zur Schule fahren, oder Wege und Straßen überquert werden, die gefährlich sind. Es darf nicht sein, dass Kinder in der Inklusion nach freiwilligen Nachmittagsangeboten nicht befördert werden, weil der hessische Paragraph 161 dies nicht vorsieht. Hier ist

dringender Handlungsbedarf für die Hessische Landesregierung angezeigt.

Der Bildungserfolg hängt in Hessen noch viel zu stark von der sozialen und finanziellen Herkunft ab. Wir sagen: Bildung ist ein Menschenrecht und der Zugang zu Bildung muss lebenslang und kostenfrei möglich sein! Dafür brauchen wir mehr Lehrende, um Schüler*innen bedarfsgerechter zu unterrichten und Klassen zu verkleinern, aber auch mehr Geld für Sanierungen und Ausstattungen. Es muss Schluss sein mit der Nichtbeschäftigung der Lehrer*innen in den Sommerferien ebenso damit, dass Eltern beispielsweise über Vereins-Konstrukte die Betreuung ihrer Kinder nach der Schule organisieren müssen oder durch private Elternfinanzierung originäre staatlich Aufgaben erfüllt werden.

Das hessische Bildungswesen ist im internationalen Vergleich stark unterfinanziert. Besonders im ländlichen Raum drohen Schulschließungen.

Das dreigliedrige Schulsystem muss überwunden werden. Stattdessen braucht es gemeinsamen Unterricht bis zum Ende der 10. Klasse, nach erfolgreichem Abschluss dieser kann dann ein Hochschulzugang erworben werden. Bildung ist keine Ware, sondern muss Schüler*innen mit allen Begabungen, Behinderungen, mit Flucht- und Migrationshintergrund integrieren und individuell fördern.

Wir wollen, dass Schüler*innen eine qualitativ hochwertige kostenlose Mittagsverpflegung erhalten und ticketfrei den ÖPNV nutzen können - unabhängig von Wohnort und Alter. Damit sich Kinder entsprechend ihren Bedürfnissen entfalten können, sind kleinere Klassen und damit einhergehende Stärkung der Partizipation nötig. Bildung bedeutet auch, kritisches Denken zu fördern und Unterricht zu gesellschaftlichen Debatten zu stärken.

Wer nach der Schule gerne eine Ausbildung machen würde, hat es nicht immer einfach: Lange, unbezahlte Praktika, eine geringe Ausbildungsvergütung und Existenzängste quälen viele Jugendliche nach dem Schulabschluss. Wir finden, Hessen muss mehr qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze schaffen, es muss mehr bezahlbarer Wohnraum auch für Azubis entstehen und der Ausbildungslohn muss zum Leben reichen. Zu wirklich guten Ausbildungsplätzen gehört aber auch eine Übernahme-garantie, erst so werden sie für die Lernenden attraktiv und absichernd. Wer trotz großen Betriebs nicht ausbilden will, soll eine Ausbildungsumlage zahlen!

Zu wenig Plätze in den Studierendenwohnheimen, unfaire Zulassungsbeschränkungen durch NCs und Unterfinanzierung sind der Alltag an hessischen Universitäten, für Studierende und an den Hochschulen beschäftigte Mitarbeiter*innen. Wir wollen eine Demokratisierung der Hochschulen: Dazu gehört eine viertelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen und das Recht der Asten, sich zu politischen Fragestellungen äußern zu dürfen. Um den Hochschulzugang zu erleichtern und Bildungsbarrieren abzubauen, braucht es eine deutliche Erhöhung und elternunabhängigen Ausbau des BAFÖGs.

Besonders in Städten mit vielen Studierenden explodieren die Mietpreise. Deshalb muss dort, wie in allen anderen Städten auch, der soziale Wohnungsbau, wie qualitativ hochwertige Wohnheime, deutlich vorangebracht werden. Die Forschung an Hochschulen muss viel stärker gefördert werden, dazu gehört aber auch, dass aus öffentlichen Mitteln finanzierte Forschung als offene Wissenschaft/open Sciences praktiziert wird und damit der Allgemeinheit zur Verfügung stehen müssen.

Jetzt, mehr denn je, müssen wir aber auch klarstellen: Forschung zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts zu suchen. Wir fordern eine Zivilklausel, die jegliche Militärforschung untersagt.

Aber auch die Arbeitsbedingungen an den Universitäten und für Lehrkräfte müssen sich dringend ändern. Schluss mit Kettenbefristungen und Werkverträgen an den Universitäten und Schluss mit Saisoneinstellungen für Lehrkräfte!

Gemeinsam und gleichberechtigt: ein lebenswertes Leben für alle

In Hessen kommt es zu einer weiteren Zunahme rechter Gewalt und Zuspruch zu völkisch-nationalistischem Denken bis weit in die Mitte der Bevölkerung. Gleichzeitig werden rechtsradikale Chatgruppen bei der hessischen Polizei enttarnt.

Angriffe auf Leib und Leben von Menschen, die sich vor Hunger, Krieg und Verzweiflung zu uns in

Sicherheit gebracht haben, nehmen zu.

Auch vor Mord an Mitmenschen, wie im Fall von Hanau oder Kassel, wird in der rechten Szene nicht haltgemacht. Wir gedenken unserer hessischen Mitbürger*innen – Say their names: Said Nesar Hashemi, Hamza Kenan Kurtović, Ferhat Unvar, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Gökhan Gültekin, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov und Walter Lübcke.“

Dies alles geschieht allzu oft unter dem Applaus von Rechtsradikalen in den sozialen Medien.

Das gesellschaftliche Klima hat sich weiter nach rechts verschoben. In Schweden, Italien, Polen und Ungarn sind offen faschistisch-nationalistische Parteien an der Regierung. Auch in Deutschland ist die AfD weiter auf dem Vormarsch. Dem ist mit einer intensiven Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen und eigenen Aktionen entgegenzutreten. Eine Rückentwicklung in Richtung autoritärer oder faschistischer Strukturen innerhalb der Gesellschaft müssen wir verhindern.

Wir dürfen den Rechten weder die Straße noch sonst ein Terrain überlassen. Unsere Politik muss sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen orientieren und kann nicht ausschließlich in Abgrenzung zur AfD entwickelt werden. Die Antwort einer linken Partei auf die Krisenpolitik der Regierung muss sein, dass Proteste organisiert werden und eigenständige linke Politik entwickelt wird.

Wir brauchen einen Mitmach-Landtagswahlkampf, in dem wir mit Bündnispartnern (u.a. Gewerkschaften, der Klima- und Friedensbewegung, Sozialverbänden und Kirchen) die derzeitigen eklatanten Krisen aufgreifen und öffentlich unsere Alternativen darstellen. Wir brauchen eine soziale Bewegung von unten.

Aber auch im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit und der sexuellen Selbstbestimmung hat unsere Gesellschaft an Boden verloren.

Queere Menschen und Familien, die nicht dem typischen Vater-Mutter-Kind-Modell entsprechen, werden angefeindet und bedroht.

Wir kämpfen für eine konsequente Gleichstellung aller Geschlechter und für die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen.

Es sind die gleichen rechtsradikalen Parteien und Gruppen, die mittels Halbwahrheiten und Lügen in den sozialen und in einigen privaten Medien leider erfolgreich Stimmung gegen den Fortschritt hin zu einer egalitären Gesellschaft machen. Oft mit Unterstützung national-konservativer Unternehmer*innen und Medienmogul*innen.

Wir kämpfen darüber hinaus für die körperliche Selbstbestimmung und sind „Pro Choice“. Nach dem Fall des unsäglichen §219a ist es auch endlich an der Zeit §218 neu zu regeln und endgültig aus dem StGB zu verbannen, denn da gehört er nicht hin. Wir kämpfen gegen die Kriminalisierung und für ein vollumfängliches Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Hier ist dringend Handlungsbedarf, denn auch in Hessen ist es in einigen Gegenden inzwischen nahezu unmöglich einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen zu lassen.

Eine von Fremdbestimmung und Unterdrückung befreite Welt kann es nicht ohne vollständige Gleichstellung der Frauen und Selbstbestimmung über die eigene Sexualität geben. Es ist auch an uns, dieser Entwicklung mit breiten Schultern entgegenzutreten. Dafür gilt es auch in den eigenen Reihen zu streiten.

Auch die Inklusion von Menschen mit körperlichen oder psychischen Einschränkungen spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir kämpfen zusammen mit den Betroffenen für eine inklusive Gesellschaft, die Menschen nicht länger aufgrund ihrer körperlichen oder psychischen Fähigkeiten ausschließt, minder schätzt oder nicht ernst nimmt. Wir kämpfen für eine Zukunft, in der jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen und seinen Fähigkeiten vollwertiges und ernst genommenes Mitglied der Gesellschaft ist. Es muss endlich Schluss sein mit der Einteilung von Menschen nach Leistungsfähigkeit und Gesundheitszustand. Gerade weil es oft genug die kapitalistische Gesellschaft selbst ist, die durch Leistungsdruck und Fixierung auf geistige, wie körperliche Gesundheit die Menschen erst richtig krankmacht.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, Bewegungen und Gewerkschaften wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Dafür solidarisieren wir uns mit den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten, den Erwerbslosen, den Hartz-IV-Bezieher*innen, sowie den Geflüchteten, gegen die Profitinteressen der Konzerne.

Heißer Herbst gegen die soziale Kälte: Preise und Profite deckeln

DIE LINKE Hessen hat ihre Mitglieder aufgerufen Proteste zum „heißen Herbst“ zu organisieren. Dies werden wir auch über die Wintermonate weiterführen! Mit einer gemeinsamen Protestbewegung auf der Straße und in den Betrieben, Hochschulen, mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden werden wir die Landesregierung dazu bringen, endlich eine soziale Politik zu machen. Es geht um nicht weniger, als eine Politik für alle Lohnabhängigen, prekär Beschäftigten, Erwerbslosen und Hartz-IV-Bezieherinnen, die wirksame Entlastung bringt, die Zukunftsaufgabe Klimaschutz vorantreibt und gleichzeitig mehr Gerechtigkeit durch stärkere Belastung von Konzerngewinnen, hohen Einkommen und Vermögen schafft. Klar ist: Unser Protest ist ein solidarischer Protest. Wir dulden dort keine Rassisten und Faschisten!

DIE LINKE ist solidarisch mit allen Beschäftigten und den Gewerkschaften, die jetzt für höhere Löhne kämpfen, um der realen Lohnsenkung durch die anhaltend hohe Inflation zu begegnen. Wir wenden uns gegen die falsche Erzählung von Unternehmerseite, dass durch Tarifierhöhungen eine Lohn-Preis-Spirale drohe. Dies entbehrt jeder Grundlage in der Realität. Tatsächlich erleben wir eine Profit-Preis-Spirale! Diese gilt es zu brechen.

- Wir kämpfen mit arbeitenden Menschen und Gewerkschaften für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für Tariflöhne und steigende Reallöhne. Wir sind aktiv gegen Privatisierungen und den Abbau der öffentlichen Daseinsfürsorge.
- Wir unterstützen Gewerkschaften in ihren Tarifikämpfen für betriebliche Mitbestimmung und für ausgebaute Tarifbindungen, die keinen Preiswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten zulassen. Digitalisierung muss auch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsentlastung ermöglichen und nicht nur zur Profiterhöhung dienen. Größere Wertschätzung für soziale Berufe muss zu Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen, Entgelten und Entlastungen führen. Das UKGM gehört zurück in die öffentliche Hand!
- Es braucht wirksame Entlastungen für das arme Fünftel der Bevölkerung. Die Lebenshaltungskosten müssen dringend gedeckelt werden. Es geht nicht an, dass ehrenamtlich organisierte Tafeln die Not der ärmsten Menschen abfedern müssen. Schon jetzt droht das System der Tafeln wegen des Ansturms zusammenzubrechen und die Spendenbereitschaft der Lebensmittelketten ist enorm zurückgegangen. Armutsbekämpfung ist staatliche Aufgabe! Und für die Armutsbekämpfung ist nicht nur der Bund zuständig. Entlasten können auch das Land und die Kommunen. Wir wollen Sozialtarife für Strom und Energie, Wasser, Mobilität und die Schaffung von Sozialwohnungen.
- Besonders in den urbanen Zentren fordern wir die Sicherung und Ausweitung von bezahlbarem Wohnraum. Dafür braucht es eine Stärkung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Abkehr von der derzeitigen Praxis, welche private Investoren bevorzugt. Es braucht eine gemeinwohlorientierte Bodenbevorratung und ein Verbot von Spekulationen. Um umweltschädliche Eingriffe in das Stadtklima zu vermeiden, müssen Bodenversiegelungen weitgehend unterlassen werden. Zusätzlich sind Mieten und auch Mietnebenkosten zu deckeln, damit nicht Menschen aus ihren Wohnungen herausgedrängt werden.
- Um den Individualverkehr einzudämmen, muss der ÖPNV gestärkt werden. Mobilität muss für alle zugänglich und leistbar sein. In den Städten sind bezahlbare Mobilitätskosten, bzw. der Nulltarif, die wichtigste Forderung. Auf dem Land muss dazu gefordert werden, dass die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und die Taktung erhöht wird. Stillgelegte Gleisstrecken gehören reaktiviert.
- Wir kämpfen für eine zukunftsfähige Klimapolitik. Es ist inakzeptabel, dass die Bundesregierung für ihre Rüstungspolitik und Wirtschaftssanktionen die Klimaziele aufgibt. Auch in Hessen muss

eine weitere Verschlechterung unserer natürlichen Umwelt verhindert werden. Dazu braucht es einen wirksamen Grundwasserschutz und ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement. Dazu müssen die Land- und Forstwirtschaft in Hessen so umgestaltet werden, dass deren Produkte unter ökologischen und sozialen Kriterien gewonnen werden können, weitgehend ohne Spritzmitteleinsatz und ohne Ackerböden auszulaugen. Unter guten Arbeitsbedingungen in vielfältigen Strukturen lassen sich gesunde schmackhafte Nahrungsmittel für alle zu fairen Preisen anbieten. Belastungen durch die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und überhöhte Handelsprofite müssen abgebaut werden. Gerade in ländlichen Regionen können Kommunen und die Bevölkerung an den Gewinnen der Erzeugung Erneuerbarer Energien beteiligt werden. Das erhöht die Akzeptanz von Energieanlagen.

- Wir wollen eine Gesellschaft, in der Inklusion wirklich umgesetzt wird. Derzeit wird Geld eingespart, indem unter schön klingenden Labels Leistungen ausgedünnt werden. Die Corona-Krise und die sich anbahnende Wirtschaftskrise bedroht die Existenz von Einrichtungen der Behindertenarbeit. Wir kämpfen mit den Betroffenen, ihren Familien und ihren Organisationen gegen den Sozialabbau in diesem Bereich und für den Ausbau eines behindertengerechten Sozialraums.
- Bildung ist ein Menschenrecht und natürlich ist der Bildungsbereich ein fundamentaler Bestandteil der Gestaltungsmöglichkeiten der hessischen Landesregierung. Hier zeigen sich verstärkt die negativen Auswirkungen der durch Schuldenbremse verordneten Unterfinanzierung. Deshalb hängen die Bildungsmöglichkeiten noch immer sehr stark von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten der Familien ab.
Im Schulbereich setzen wir uns daher mit den Betroffenen dafür ein, dass gute Sach- und Personalausstattung gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse bei individueller Förderung möglich machen. Das bezieht natürlich auch den vorschulischen Bereich mit ein. Es braucht eine exzellente Ausstattung der Bildungseinrichtungen ebenso wie die Ausbildung zu hochqualifizierten Fachkräften, um zukunftsfähiges Lernen in Schulen und Betrieben zu gewährleisten. Auch die ausreichende Finanzierung der Hochschulen muss gesichert sein, um Studierenden und Beschäftigten gute Bedingungen zu qualifiziertem Arbeiten zu sichern. Privatisierungen und private Bildungseinrichtungen lehnen wir ab. Zusätzlich muss der Zugang zur Hochschulbildung gerechter werden, nicht zuletzt durch ein höheres elternunabhängiges Bafög.
- In Hessen nehmen rechte Gewalt und völkisch-nationalistisches Denken zu. Das reicht von Mordfällen, wie in Hanau und dem Mord an Walter Lübcke über Angriffe auf Migrant*innen, rechtsradikale Chatgruppen bei der hessischen Polizei und offene rechte Propaganda. Das gesellschaftliche Klima hat sich weiter nach rechts verschoben. Dem ist mit einer intensiven Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen und eigenen Aktionen entgegenzutreten. Eine Rückentwicklung in Richtung autoritärer oder faschistischer Strukturen innerhalb der Gesellschaft müssen wir verhindern.
Wir dürfen den Rechten weder die Straße noch sonst ein Terrain überlassen. Unsere Politik muss sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen orientieren und kann nicht ausschließlich in Abgrenzung zur AfD entwickelt werden. Die Antwort einer linken Partei auf die Krisenpolitik der Regierung muss sein, dass Proteste organisiert werden und eigenständige linke Politik entwickelt wird.

- Jede Art von Rassismus, jede Art Diskriminierung verurteilen wir. Angriffen auf queere Menschen sowie auf nicht typische Vater-Mutter-Kind-Familien muss entschieden entgegengetreten werden. Eine vollständige Gleichstellung aller Geschlechter, die Selbstbestimmung über die eigene Sexualität und alle Formen des gemeinsamen Zusammenlebens sind zu gewährleisten! Alle Menschen sind gleich viel wert!
Wir haben für all diese Forderungen gewichtige Argumente und das immer wiederkehrende Gegenargument, es sei kein Geld da, können wir gut widerlegen.
Denn erstens konnte für militärische Zwecke innerhalb kürzester Zeit ein Sondervermögen von 100 Milliarden € bereitgestellt werden. Und auch große Konzerne wurden mit Milliardenbeträgen subventioniert.
Zweitens kann eine grundlegend veränderte Steuerpolitik das benötigte Geld generieren: Mit einer angemessenen Besteuerung von Reichtum in Form von Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und der Übergewinnsteuer auf große Kriegs- und Krisengewinne.
Das Leben der Mehrheit der Menschen setzt überall äußeren Frieden und innere soziale Sicherheit voraus. Dazu muss eine soziale und gerechte Weltordnung entstehen. Das geht nicht mit Konfrontation oder Krieg. Das geht nur im Dialog, gerade auch mit Gegnern, und unter Berücksichtigung der Interessen der beteiligten Völker. Damit ist der Kampf gegen Fluchtursachen wie Kriege, Hunger, Verfolgungen und weitere Auswirkungen des Klimawandels am besten zu gewinnen.
- Diese Aufgaben können nur gemeinsam erfolgreich umgesetzt werden.

Antrag 03

Beschluss 14. Landesparteitag 29./30.10.2022

Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Vertrauensgruppe

Aufgaben der Vertrauensgruppe

- (1) Die Vertrauensgruppe ist Anlaufstelle bei verbalen und physischen sexualisierten Übergriffen durch Parteimitglieder.
- (2) Die Vertrauensgruppe ist für das Erstellen eines Verhaltenskodex zuständig. Der Kodex muss geeignet sein, Betroffenen bestmöglichen psychischen und physischen Schutz zu bieten.
- (3) Die Vertrauensgruppe hört die Betroffenen an, organisiert Schutz, Unterstützung und Solidarität und dokumentiert den Fall. Gegebenenfalls vermittelt sie zu Beratungsstellen. Bei Bedarf und in Absprache mit den Betroffenen vermittelt sie auch Gespräche mit anderen Stellen oder Beschuldigten.
- (4) Die Vertrauensgruppe darf in Rücksprache und mit Zustimmung der betroffenen Person stellvertretend für diese sexistische Gewalt bei der Landesschiedskommission melden und Parteiordnungsverfahren beantragen.

Zusammensetzung der Vertrauensgruppe

- (1) Die Mitglieder der Vertrauensgruppe dürfen kein Mitglied des Kreis-, Landes- oder des Parteivorstandes oder eines sonstigen Gremiums des Landesparteitags sein und kein Mandat innehaben sowie kein Arbeitsverhältnis mit der Partei oder Fraktion haben.
- (2) Jede Person darf kandidieren, auch wenn sie kein Mitglied der Partei oder der Linksjugend [solid] ist. Sie sind an die Grundsätze der Partei gebunden.
- (3) Die Vertrauensgruppe ist unter Berücksichtigung der Mindestquotierung zu besetzen

Arbeitsweise der Vertrauensgruppe

- (1) Die Vertrauensgruppe ist nicht weisungsgebunden.
- (2) Die Vertrauensgruppe berichtet einmal im Jahr dem Landesparteitag über ihre Arbeit.“

Antrag 04**Beschluss 14. Landesparteitag 29./30.10.2022****Konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt – Konsequenzen aus #linkemetoo**

DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir beziehen uns auf politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.“(Erfurter Programm)

Sexismus ist in der Gesellschaft tief verankert und prägt in Teilen, entgegen unseren eigenen Idealen und Ziele, auch unser Miteinander im hessischen Landesverband. Wie die vergangenen Monate gezeigt haben, sind unsere Strukturen nicht von Sexismus, Gewalt, Beleidigungen und anderen, diskriminierenden Taten befreit, und wir darauf in Reaktion unvorbereitet waren.

Wir wollen und müssen diese Haltungen und Strukturen verändern. Sexismus und sexistischen Alltagspraxen treten wir konsequent entgegen. Unsere Partei muss ein Raum sein, in dem sich Genoss*innen auf Basis von Vertrauen und gegenseitigem Respekt gegenüber treten können. Wir wollen, dass sich alle bei uns engagieren und wohlfühlen können.

1. Verbindliche Leitfäden

Um richtig zu handeln, ist es wichtig, Sexismus als solchen zu erkennen. Zwischen Sexismus oder sexistischen Belästigungen und zwischen sexualisierter Gewalt, Nötigung oder Vergewaltigung bestehen Unterschiede, aber sie alle basieren auf Machtgefällen und Machtmissbrauch und haben in unserer Partei keinen Platz. Graduelle Unterschiede verlangen unterschiedliches Handeln. Für jeden spezifischen Fall brauchen wir verbindliche und klare Leitfäden und Verfahrensweisen, die jeweils in Gang gesetzt werden, mit denen wir 1. sorgsam und respektvoll handeln, 2. Betroffene schützen und 3. gleichzeitig die Rechte aller Beteiligten gewährleisten können.

Der Landesvorstand wird daher beauftragt, einen Leitfaden gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt zu entwickeln. Dafür greift der Landesvorstand auf die Unterstützung durch externe Expert*innen zurück, für die ausreichend finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Die Vertrauensleute des Landesverbandes werden den Prozess der Erstellung ebenfalls professionell begleiten.

Der Leitfaden soll ein Präventions- und ein Interventionskonzept beinhalten.

Wir brauchen auch nachhaltige und vertrauensvolle Strukturen, die Betroffene nicht re-traumatisieren oder re-viktimisieren. Wir brauchen Strukturen, die sexuelle Belästigung und Übergriffe eindämmen und langfristig unmöglich machen. Wir brauchen konkrete Arbeit an Machtstrukturen, die den Boden für Sexismus und sexualisierte Gewalt bereiten. Wir müssen an die Wurzeln des Problems.

2. Unabhängige und vertrauenswürdige Ansprechpersonen

Das vor April 2022 keine solchen Strukturen zur Bearbeitung solcher Vorfälle im Landesverband vorhanden waren, war ein eklatanter Missstand. Der Landesvorstand hat im April 2022 ein Team mit mehreren Vertrauenspersonen benannt, auch weil wir als Partei feststellen mussten, dass wir innerparteilichen Strukturen zur Aufarbeitung von Fällen von Sexismus schaffen und die antisexistische Arbeit erweitern müssen.

Die Aufgabe der Vertrauenspersonen ist es, Anlaufstelle für Betroffene zu sein, diese zu unterstützen und sie gegebenenfalls an weitere Beratungsstellen zu vermitteln. Alle Schritte erfolgen in enger Absprache mit den Betroffenen. Dazu gehört unter Umständen auch die Kontaktaufnahme mit der Schiedskommission. Die Vertrauenspersonen sind niemandem rechenschaftspflichtig, auch keinen

anderen Mitgliedern der Gruppe oder Parteigremien. Die Vertrauenspersonen können beim Landesvorstand finanzielle Mittel für die Durchführung von Schulungen, für Fachliteratur und weitere Arbeitsmittel zur Durchführung ihrer Arbeit beantragen.

Aktuell setzt sich das Team der Vertrauenspersonen aus Godela Linde, Rechtsanwältin, Julia Schnepf, Sozialpsychologin, und Martin Schindel, evangelischer Pfarrer zusammen. Alle drei Personen sind ohne Amt und Funktion in der Partei und von Berufswegen an ihre Schweigepflicht gebunden. Zukünftig soll es zu den satzungsgemäßen Aufgaben des Landesvorstands gehören, regelmäßig eine Gruppe aus unabhängigen Vertrauensleuten zu benennen.

3. Weiterentwicklung unserer Strukturen

Wir wollen eine kontinuierliche Beschäftigung der Genossinnen und Genossen mit Feminismus und Sensibilisierung für diese Themen (z.B. durch gut vorbereitete Flinta*- und Männer*plena).

Wir werden entsprechend des Beschlusses der Bundespartei verpflichtende Seminare/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für Sexismus/sexualisierte Gewalt für Mandatsträger*innen und Personen in leitender Funktion sowie Mitarbeiter*innen der Partei DIE LINKE und der Linksfraktion im Landtag anbieten.

Es sind Bildungsangebote in ausreichendem Umfang für die Kreis- und Ortsverbände zu Feminismus, Sexismus und Misogynie und feministischer Arbeit in unserem Landesverband und den Kreisverbänden anzubieten. Der Landes- und die Kreisvorstände werben bei den Genoss*innen für die Teilnahme an den Veranstaltungen und sensibilisieren dafür. Hierfür werden wir uns mit der Bundespartei und ihren Angeboten abstimmen.

Auch in der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag werden entsprechende Konzepte und Strukturen entwickelt.

Der Verhaltenskodex zum Schutz vor sexualisierter Gewalt soll in regelmäßigen Abständen im Landesvorstand und in allen Gliederungen aufgerufen, aktualisiert und weiterentwickelt werden.

4. Unsere Ziele sind Prävention und Sensibilisierung, sichere Räume und Schutz der Betroffenen

1. Prävention

Prävention ist nur möglich, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass Sexismus und sexualisierte Gewalt strukturelle Probleme sind, die alle Teile der Gesellschaft betreffen und somit keinen Halt vor linken Räumen machen. Daher kann es auch in unseren Parteistrukturen durch Genossinnen und Genossen zu sexistischen Aussagen, Verhaltensweisen oder auch Belästigung und Gewalt kommen. In solchen Fällen ist es notwendig, sich mit den Themen auseinanderzusetzen, das Bewusstsein aller Genoss*innen dahingehend zu sensibilisieren und Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Es ist für linke Organisationen, auch für unsere Partei, eine besondere Aufgabe, Gesellschaftsveränderung immer auch als Selbstveränderung zu begreifen. Wir wollen, dass immer mehr Menschen, Genoss*innen wie Freund*innen und Bürger*innen, antisexistisch handeln.

2. Sichere Räume

Betroffene von Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierter Gewalt haben unsere Solidarität - nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in unserer Partei. In der Partei müssen jederzeit auf Wunsch von Mitgliedern Räume geschaffen werden, in denen über Sexismus und diskriminierendes Verhalten gesprochen werden kann, etwa in eigenen Plena, geschützten Sprechräumen oder durch die Möglichkeit, sich in geschütztem Rahmen gegenüber Vorständen über solche Ereignisse zu äußern. Die Vorstände sind verpflichtet, dies nach Zustimmung durch die Betroffenen, auf der folgenden Gremiensitzung zu thematisieren.

3. Schutz der Betroffenen

Es ist unser klares Ziel: Betroffene dürfen nicht aus unserer Partei verdrängt werden.

Sollte es zu Anschuldigungen oder Hinweisen von Gewalt oder sexueller Belästigung kommen, können die Vertrauenspersonen gemeinsam mit der betroffenen Person den Antrag auf ein Schiedsverfahren stellen. Die Schiedskommission kann vorläufige Maßnahmen wie temporären Ausschluss von Sitzungen, Aktionen und Veranstaltungen anordnen, bis der Fall aufgeklärt ist. Dies

dient dem Schutz der Betroffenen, damit kein unerwünschter Kontakt zwischen der betroffenen Person und der beschuldigten Person stattfinden muss.

4. Untersuchung

Wenn es zu Anschuldigungen oder Hinweisen auf Gewalt oder sexuelle Belästigung kommt, müssen diese von den zuständigen Vertrauenspersonen aufgenommen und gegebenenfalls nach Rücksprache mit Betroffenen an die Schiedskommissionen gegeben werden. Wenn nötig, können externe Personen hinzugezogen werden. Dies geschieht allerdings nur in Absprache mit der betroffenen Person. Eine Prüfung durch neutrale Personen/ Strukturen soll voreingenommene und vorschnelle Bewertungen und Entscheidungen verhindern.

Im Rahmen der Untersuchung sollten Gespräche mit beiden Seiten geführt werden, um allen die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern und die Situation möglichst gut aufzuklären. Dabei wird keine Agenda verfolgt, sondern unabhängig, neutral und transparent vorgegangen.

Wichtig ist dabei dennoch, dass es auf keinen Fall zu einem Täter/Opfer-Umkehr kommen darf. Die Untersuchung selbst findet in der jeweiligen Schiedskommission statt – diese haben dann, aufgrund der Maßnahmen in Punkt 5, einen größeren Handlungsspielraum.

5. Konsequenzen

Wir wollen Satzung, Geschäftsordnung und Landesschiedsordnung so ändern, dass auch unterhalb des Ausschlusses die Möglichkeit besteht, in Fällen sexualisierter oder diskriminierender Übergriffe gegen die körperliche Unversehrtheit oder die Würde von Personen Parteiordnungsmaßnahmen einzuleiten und vorläufige Parteiordnungsmaßnahmen zu ergreifen.

Alle involvierten Personen, egal ob betroffen oder beschuldigt, müssen zu jedem Zeitpunkt mit Respekt behandelt werden. Der Schutz der betroffenen Personen ist jederzeit zu gewährleisten. Es wird zum Schutz der Betroffenen von öffentlichen Auseinandersetzungen abgesehen. Deshalb sondieren wir Instrumente, die konsequentes und gleichzeitig auf Vorfälle konkret abgestimmtes Handeln bei Verstößen ermöglichen.

Diese können sein:

- befristeter Entzug des Rederechts.
- Verpflichtung, sich einem Votum der Gliederung zu stellen
- Kein aktives oder passives Wahlrecht innerhalb der Partei für X Monate
- befristeter Ausschluss von bestimmten Sitzungen in zeitlicher und regionaler Hinsicht
- Enthebung von Ämtern in der Partei

Antrag 05

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Der zukünftige Landesvorstand ergreift eine Initiative, damit Mahngebühren in hessischen Bibliotheken abgeschafft werden. Bis zur Abschaffung muss zumindest sichergestellt sein, dass ärztlich attestierte AUB als hinreichende Begründung ausreichen, um keine Mahngebühren zahlen zu müssen.

Antrag 06

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Der Landesvorstand wird aufgefordert, Infoveranstaltungen, am besten in Offenbach (Wahlkreis von Tarek Al Wazir), zu CETA und den erwartbaren Folgen dieses Freihandelsabkommens anzuregen und möglichst auch organisatorisch zu unterstützen – am besten mit anderen NGOs. Darin ist vor allem die dual-use Problematik einzubeziehen.

Antrag 08

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Der Landesvorstand wird aufgefordert, mehr Möglichkeiten zur digitalen Teilnahme an Sitzungen zu schaffen um die Teilnahme für Familien zu erleichtern. Sollten Sitzungen ausschließlich in Präsenz

stattfinden, ist eine Kinderbetreuung und eine Vernetzung für Fahrgemeinschaften zu organisieren.“

Antrag 10

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Demonstration gegen den Auftritt der Bundeswehr auf dem Hessentag 2023

1. Der Landesvorstand unterstützt das Bündnis Friedlicher Hessentag bei der Organisation einer Demonstration und weiterer Veranstaltung gegen den Auftritt der Bundeswehr auf dem Hessentag. Dafür soll sich der Landesvorstand im Vorfeld des Hessentages und der vorangehenden Veranstaltungen um eine regelmäßige Kommunikation mit dem Bündnis bemühen.
2. Der Landesverband unterstützt das Bündnis Friedlicher Hessentag finanziell und strukturell im Rahmen seiner Möglichkeiten.
3. Der Landesvorstand mobilisiert im Vorfeld der Demonstration, um möglichst viele Teilnehmende zu erreichen.

Antrag 11

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Antragsteller*innen: DIE LINKE. Kreisverband Main-Taunus

Antragsthema: Wahlkampf 2023 jetzt in die Spur bringen – Basis einbeziehen!

Direkt nach dem Landesparteitag wird unverzüglich eine Kreisvorständeberatung einberufen, die bis zum Jahresende zusammentritt. Diese soll sich ausschließlich mit der Wahlkampfkonzeption zur Landtagswahl 2023 beschäftigen.

Antrag 12

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Internationale Solidarität trotz Krise

1. Im Rahmen seiner Möglichkeiten wird der Landesverband Hessen und sein Vorstand sich bemühen, dass Ausgaben für Entwicklungshilfe nicht im Zuge der jetzigen Krise heruntergefahren werden.
2. Der Landesverband Hessen und der Landesvorstand werden Aufklärungsarbeit leisten, warum Entwicklungshilfe und Zahlungen an die Vereinten Nationen gerade während multipler Krisen unverzichtbar sind.
3. Der Landesverband Hessen und der Landesvorstand setzen sich weiterhin für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Hessen ein.

Antrag 13

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Soziale Bodenpolitik in Hessen und Bauland zurück in die öffentliche Hand!

Es gibt für die Menschen und alle Lebewesen drei unverzichtbare Grundelemente für das Überleben: Boden, Wasser und Luft. Boden und Wasser sind durch den globalen Kapitalismus vielfach in private Hände gelangt. Bleibt nur noch die Luft, die wir atmen. Hier wurde zum Glück noch keine Methode der Privatisierung gefunden.

Grund und Boden sind nicht vermehrbar, aber unverzichtbar. Daher kann damit gut Geld gemacht werden. Aktuell explodieren die Bodenpreise und treiben die Mieten nach oben.

In den 90er Jahren hat der Bodenpreis in Frankfurt etwa 10 Prozent der Gesamtbaukosten ausgemacht. Aktuell sind es bis zu 70 Prozent. Die steigenden Kosten haben also weniger mit dem Einbau von Küche, Bad oder Balkon zu tun, sondern viel mehr mit der Privatisierung von Grund und Boden. Der Wohnungsbau wird zum größten Teil dem Markt überlassen. Die Wohnungsbaugemeinnützigkeit wurde im Jahr 1990 abgeschafft. Heute liefern die Länder und Kommunen ihre Grundstücke frei Haus an Privatinvestoren. Dem freien Markt aber ist das Gemeinwohl egal. Investoren scheren sich nicht darum, ob die Menschen bezahlbare Wohnungen haben. Sie folgen dem Profitgesetz und lechzen nach Rendite. **Das müssen wir stoppen.**

Eine Dokumentation der ARD mit dem Titel „Goldgrube Bauland“ berichtete im Jahr 2020, welche drastischen Fehlentwicklungen es bei den Grundstückspreisen und in der Bodenpolitik in den letzten Jahren gab und welche Lösungsansätze die Bodenkrise erfordert. Die Reportage zeigt deutlich, wie sehr das nicht vermehrbare Gut ‚Boden‘ zum Spekulationsobjekt geworden ist und wie dramatisch die verfehlte Bodenpolitik der letzten Jahrzehnte die Ungleichheit in Deutschland und auch in Hessen vorangetrieben hat. **Die Bundesfraktion der Linken hat mit ihrer Forderung „Bauland in Gemeinschaftshand“ 10 Thesen für eine soziale Bodenpolitik entwickelt und veröffentlicht.**

Unter dieser Entwicklung leiden vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. Die Miete macht oft arm. Laut einer Studie der Berliner Humboldt-Universität, die die Mietkosten in 77 Großstädten im Jahr 2014 ermittelt hat, müssen arme und niedrigverdienende Haushalte knapp 40 Prozent ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete aufbringen. Bei besserverdienenden Haushalten sind es im Durchschnitt nur etwa 17 Prozent. Inzwischen ist nicht mehr selten, dass Geringverdiener und Arme über 50 Prozent ihres Einkommens für die Kaltmiete ausgeben müssen.

Die Eigentumsfrage muss gestellt werden!

Eine aktuelle Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung **«Die kommunale Bodenfrage – Hintergrund und Lösungsstrategien»** zeigt: Wer die Bodenfrage nicht grundsätzlich klärt, wer den Boden auf Dauer dem Zugriff der Kommunen entzieht, hat einen deutlich geringeren Spielraum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Eigentum begrenzt erheblich die Raumplanung und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen und dadurch auch die Demokratie, weil die gewählten Kommunalpolitiker*innen kaum Entscheidungsspielräume haben.

Städte wie Wien und Graz in Österreich, aber auch die inländische Stadt Ulm haben in eigenen kommunalen Satzungen festgelegt, dass sie den öffentlichen Grund und Boden nicht privatisieren.

Das ist vorbildlich!

In Hessen verkaufen der Bund, die Landesregierung und die Kommunen öffentlichen Grund und Boden unbeirrt weiter an Privatinvestoren - entgegen dem Interesse der Bevölkerung. Alte Bundesrechnungshof, das Europaviertel und das alte Polizeipräsidium aber auch der Kulturcampus-Bockenheim sind gravierende Beispiele, wie die regierenden Parteien Spekulationen mit Grund und Boden zulassen.

Dabei verfügen Landesregierung und Kommunen über scharfe Instrumente, um gegen die Bodenspekulation vorzugehen. Einzig, sie nutzen sie nicht! Im Gegenteil schaffen sie neue Möglichkeiten und Rahmenbedingungen, um den kommunalen Grund und Boden zu privatisieren. Aus der ganzen Welt werden profitlüsterne Investoren angelockt, damit sie mit ihrem überschüssigen Kapital aus Frankfurt eine Global City machen.

Die Rolle der öffentlichen Gesellschaften bei der Privatisierung von öffentlichem Grund und Boden

Seit 2016 hat die Stadt Frankfurt etwa 191.000 Quadratmeter an Grundstücksfläche an Privatinvestoren selbst verkauft. Aber noch große Menge an Flächen verkauft Frankfurter Magistrat über öffentliche Gesellschaften: Sie nutzte dafür Firmen wie die ABG, KEG, Rebstock Projektgesellschaft mbH, die Hessische Agentur „Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“ (tätig wurde in Riedberg/Frankfurt) und stadtnahe Stiftungen. KEG und Rebstock Projektgesellschaft mbH sind zu 50 Prozent privat und zu 50 Prozent städtisch. Sie entwickeln öffentliche Grundstücke marktgerecht und verkaufen sie dann an Privatinvestoren. Die Landesregierung lässt ohne Skrupel zu, dass sich Privatinvestoren zu Lasten der Bevölkerung an öffentlichem Grund und Boden bereichern.

Wir müssen in den Kommunen, die über Wohnungsbau- oder Projektgesellschaften verfügen, aktiv werden. Diese Gesellschaften müssen vollständig zurück in die öffentliche Hand, um sie für eine aktive Bodenpolitik nutzen zu können. Wir müssen verbieten, dass öffentliche Gesellschaften Grund und Boden verkaufen.

Ausgerechnet in Frankfurt wurde die **Zustimmungspflicht zu Grundstücksverkäufen** der demokratisch gewählten Stadtverordneten im Jahr 2018 abgeschafft. Grundstücksgeschäfte unter 100.000 Euro können nun ohne Kenntnisnahme der Öffentlichkeit getätigt werden.

Neben dem Verkauf von Flächen ist zu beanstanden, wie wenig die Kommunen die Chance auf einen Zukauf von Flächen nutzen: Die Investoren schieben sich die Grundstücke zu und erhalten bei jedem Weiterverkauf mehr Geld, ohne dass die Stadt eingreift. So haben wir es beim **Ivl im Kettenhofweg** und bei anderen Grundstücken sehen können. Das Alte Polizeipräsidium hätte dem Gemeinwohl zugänglich gemacht werden können. Stattdessen wurde es an einen Investor verkauft. Um solche Ge-

schäfte zu verhindern, brauchen wir eine aktive Liegenschaftspolitik. Die Städte dürfen nicht noch weiter in Investorenhand geraten. Wir wollen die öffentlichen Bodenreserven in Hessen um mindestens 30 Prozent erhöhen. Eine gemeinwohlorientierte Politik muss den Grund und Boden Stück für Stück dem Markt entziehen

DIE LINKE fordert:

1. Grund und Boden gehören in die öffentliche Hand

Öffentlicher Grund und Boden darf nicht länger privatisiert werden. Durch ein Landesbodensicherungsgesetz muss der Verkauf von landeseigenen Liegenschaften an Private ausgeschlossen werden. Zukünftig soll nur noch der Verkauf an Kommunen möglich sein.

2. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, Grundstücksentwicklungsgesellschaften in die Pflicht nehmen!

Den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und Grundstücksentwicklern wie NH, ABG, KEG, Rebstock Projektgesellschaft mbH, Hessische Agentur: Stadtentwicklungsgesellschaft mbH und stadtnahen Stiftungen wird per Gesetz verboten, öffentliche Grundstücke zu verkaufen. Halbprivatisierte Gesellschaften müssen wieder in die öffentliche Hand überführt werden.

3. Vergabe öffentlicher Grundstücke nur noch über Erbbaurechte

Grund und Boden muss dem Allgemeinwohl dienen. Die öffentlichen Grundstücke dürfen künftig nur noch in Erbpacht an gemeinnützig agierende Genossenschaften und öffentliche Gesellschaften vergeben werden, und zwar in einem Verfahren, das die Erbbauberechtigten dazu verpflichtet, rechtlich bindend im Sinne des Gemeinwohls zu bauen.

4. Grund und Boden dem Markt entziehen

Wir müssen eine Aktivbodenpolitik betreiben, um den Grund und Boden wieder in die öffentliche Hand zu überführen. Die Landesregierung muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern. Damit die Kommunen ihr gesetzliches Vorkaufsrecht wirkungsvoll ausüben können, muss es ausgebaut und gestärkt werden. Das Vorkaufsrecht muss im gesamten Stadtgebiet gelten und muss zu günstigen Preisen ausgeübt werden können. Die Kaufpreise sollen sich künftig nicht länger am Verkehrswert, sondern am Ertragswert orientieren. Damit würde ein mächtiger Hebel geschaffen, um Stück für Stück den Boden in die öffentliche Hand zu überführen.

5. Bodenpreisdeckelung einführen und Grundrente verhindern Die Landesregierung muss die Bodenrichtwerte deckeln!

Die Investoren schieben sich die Grundstücke gegenseitig zu und verdienen bei jedem Weiterverkauf mehr Geld, ohne dass die Kommunen eingreifen oder ihre Interessen geltend machen können.

6. Kommunen stärken durch Änderung des Bauplanungsrechts

Viele Investoren holen Baugenehmigungen ein und verkaufen Grundstücke dann teurer weiter, anstatt zu bauen. Oder sie warten noch ein paar Jahre, bis der Wert steigt. Diese untätige Spekulation auf steigende Bodenpreise schafft keinen Wohnraum und hilft der Gemeinschaft überhaupt nicht. Die Landesregierung muss günstige Rahmenbedingungen für die Kommunen schaffen und dafür alle rechtlichen Spielräume ausnutzen. Es muss maximal drei Jahre nach der Baugenehmigung mit dem Bau begonnen werden – andernfalls kann die Kommune das Grundstück kaufen und baut eigenständig oder mit öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften.

7. Grundsteuer ist Vermögensteuer, es muss gerecht sein

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag, Jan Schalauske, sagte: „Ob Hütte oder Palast - beide werden in Hessen demnächst gleichermaßen im Wesentlichen nach der Größe besteuert. Das ist ungerecht und muss verhindert werden.“ Das neue Grundsteuergesetz ist ungerecht und muss korrigiert werden. Die Grundsteuer wird von der Eigentümer*in verlangt. Vermieter*innen geben die Grundsteuer aber zu 100 Prozent an die Mieter*innen weiter. Letztere sind keine Eigentümer*innen, also sollte man die Grundsteuer nicht ohne Wei-

teres einfach an die Mieter*innen durchreichen können. Das muss auf Landesebene gesetzlich festgelegt werden.

8. Zivilgesellschaft stärken, Initiativen stärken und neue Gründen, Community Land Trust und Bodenfonds stärken!

Erfreulicherweise gibt es zivilgesellschaftlich Initiativen, die viele leisten für eine soziale und demokratische Bodennutzung. Diese wollen wir stärken. Dafür sollen sie von Bund, Land und Kommunen Grundstücke erhalten können, die entweder in Form eines Community Land Trusts oder eines Bodenfonds mit der Mitsprache nicht nur der Kommune, sondern auch die Nutzerinnen und Nutzer verwaltet werden. Das Kommunale Vorkaufsrecht soll auch für sie ausgeübt werden können.

9. Kommunen und Demokratie stärken durch den Rückkauf von Grund und Boden:

Um die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen zu stärken, ist die Rückführung von Grund und Boden in die kommunale Hand nötig!

Botschaften:

- Grund und Boden sind nicht vermehrbar, aber unverzichtbar
- Ohne öffentlichen Grund und Boden gibt es kaum Sozialwohnungen und keinen ausreichenden bezahlbaren Wohnraum.

Aktionsideen:

- Öffentliche Veranstaltungen gegen die Privatisierung von Grund und Boden und Wohnraum
- Flyer und sonstiges Material für die Kreisverbände, Vorlagen für Soziale Medien usw...

Bündnispartner*innen:

- Mieterinitiativen, Recht-auf-Stadt-Bewegungen, Gewerkschaften, Sozialverbände

Antrag 14

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Der Landesvorstand wird aufgefordert für eine geschlechtergerechte Teilhabe aller Menschen in der Partei Sorge zu tragen. Über Geschäftsordnungen soll geregelt werden die FLINTA- Personen das Recht haben innerhalb der Partei und insbesondere bei Parteiveranstaltungen eigene Strukturen aufzubauen und diese im Rahmen von FLINTA-Plena einzuberufen.

In allen Versammlungen und Gremien der Partei sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, FLINTA und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt. In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist Frauen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, nach jedem Redebeitrag, bei dem keine Frau gesprochen hat, das Wort zu erteilen.

In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten FLINTA-Personen ein die Versammlung unterbrechendes FLINTA-Plenum durchgeführt. Über einen in diesem Plenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

Antrag 16

Beschluss Landesparteitag 29./30.10.2022

Alle Landtagsabgeordneten der Partei werden aufgefordert ihre Einkünfte nach einem einheitlichen Schema (mindestens wie unten aufgeführt) offen zu legen, d.h. dauerhaft einsehbar auf der Webseite der Landtagsfraktion (<https://www.linksfraktion-hessen.de/>). Dazu haben alle Kandidaten*innen eine schriftliche Verpflichtungserklärung sowie Einverständniserklärung hinsichtlich der Offenlegung zu unterschreiben. Sofern 6 Monate nach Mandatsannahme keine Offenlegung erfolgte, hat der Landesvorstand die Person zu ermahnen. Erfolgt nach einer einmonatigen Frist keine Offenlegung, ist dies den Mitgliedern des Landesverbandes schriftlich mitzuteilen.

Die gemachten Angaben in der Offenlegung haben Mandatsträger*innen einmal jährlich auf ihre Aktualität hin zu prüfen und entsprechend anzupassen. Der Landesvorstand erarbeitet die

entsprechenden Erklärungen

Satzungsantrag S 01

Beschluss mit satzungändernder Mehrheit des 14. Landesparteitages am 29./30.10.2022

§ 20 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes

- (1) Der Landesvorstand besteht aus insgesamt 19 vom Landesparteitag zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes.
- (2) Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus 8 Mitgliedern, darunter
 - a) zwei Landesvorsitzende
 - b) zwei stellvertretende Landesvorsitzende
 - c) eine Landesschatzmeisterin oder ein Landesschatzmeister,
- (3) Kreisverbände, die nicht durch eine vom Landesparteitag gewähltes Mitglied im Landesvorstand vertreten sind, können für dieses Gremium ein beratendes Mitglied benennen. Gleiches gilt für den Jugendverband der Partei.
- (4) Der Landesvorstand wird in der Regel in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Hat in einem Kalenderjahr keine Wahl des Landesvorstandes stattgefunden, muss diese spätestens auf einem ordentlichen Parteitag im darauffolgenden Kalenderjahr stattfinden.
- (5) Eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen finden auf Beschluss des Landesparteitages statt.
- (6) Dem Landesvorstand gehören zwei hessische Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und zwei Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag mit beratender Stimme an.
- (7) Der Landesparteitag kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme bestimmen.

Satzungsantrag S 03

Beschluss mit satzungändernder Mehrheit des 14. Landesparteitages am 29./30.10.2022

§ 28 Revisionskommissionen

- (1) Im Landesverband sowie in den Kreisverbänden sind Finanzrevisionskommissionen zu bilden. Die Landesfinanzrevisionskommission wird durch den Landesparteitag, Kreisrevisionskommissionen durch Kreisparteitage gewählt.
- (2) Die Landesfinanzrevisionskommission und die Finanzrevisionskommissionen der Kreisverbände bestimmen aus ihrer Mitte den Vorsitz.
- (3) Mitglieder von Vorständen, des Bundesausschusses oder ähnliche Parteiausschüsse auf Landes- und Kreisebene, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger derselben Ebene wie die entsprechende Kommission, Angestellte der Partei oder von mit ihren verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen, können nicht Mitglieder der Finanzrevisionskommissionen sein.
- (4) Die Revisionskommissionen auf Landes- und Kreisverbandsebene prüfen die Finanztätigkeit des Landesvorstandes und der Kreisvorstände sowie den Umgang mit dem Parteivermögen. Sie unterstützen die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß Parteiengesetz.
- (5) Die Landesfinanzrevisionskommissionen prüfen die Finanztätigkeit des Landesvorstandes sowie dessen Umgang mit dem Parteivermögen und berichten dem Parteitag darüber. Die

Kreisfinanzrevisionskommissionen prüfen die Finanztätigkeit der Kreisvorstände sowie den Umgang mit dem Parteivermögen. Sie berichten dem Kreisparteitag darüber.

- (6) Das Nähere zu Aufgaben und Arbeitsweise der Landes- und Kreisfinanzrevisionskommissionen regelt ~~eine vom Landesparteitag zu beschließende Ordnung~~ die Bundesordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen.

Satzungsantrag S 05

Beschluss mit satzungändernder Mehrheit des 14. Landesparteitages am 29./30.10.2022

Im §15 der Landessatzung „Aufgaben des Landesparteiages“ wird im Abschnitt (2) eingefügt:
„Dem Landesparteitag vorbehalten ist die Beschlussfassung über die Aufgaben einer Vertrauensgruppe“.

Satzungsantrag 06

Beschluss mit satzungändernder Mehrheit des 14. Landesparteitages am 29./30.10.2022

Im § 19 der Landessatzung „Aufgaben des Landesvorstandes“ im Abschnitt „(2) Zu seinen Aufgaben gehören im Einzelnen...“ wird eingefügt: „h. Der Landesvorstand benennt eine Vertrauensgruppe“

Änderungsantrag 113

Beschluss mit satzungändernder Mehrheit des 14. Landesparteitages am 29./30.10.2022

Der folgende Satzungsparagraf 38 wird in die Landessatzung eingefügt:

§ 38 Landesschiedskommission

- (1) Die Landesschiedskommission ist für alle Verfahren und Wahlanfechtungen erstinstanzlich zuständig, die nicht gemäß § 4 der Schiedsordnung in die ausschließliche Zuständigkeit der der Bundesschiedskommission fallen.
- 2) Die Landesschiedskommission kann im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens
- (a) Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen Ordnung in der Partei dienen.
 - (b) Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen
 - (c) in Fällen sexualisierter oder diskriminierender Übergriffe gegen die Unversehrtheit oder die Würde von Personen, kann die Schiedskommission das Ruhen von Parteiämtern und /oder sonstiger Mitgliedsrechte für eine Höchstdauer von zwei Jahren anordnen.
- (3) Auf Antrag kann die Schiedskommission im schriftlichen Verfahren vorläufige Maßnahmen zur Sicherung der Mitgliederrechte, dem Schutz vor sexualisierten oder diskriminierenden Übergriffen sowie zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit von Organen der Partei treffen. Dazu können das Ruhen von Parteiämtern, Zugangsregelungen zu Versammlungen der Partei und/oder sonstige Einschränkungen der Mitgliederrechte für eine Höchstdauer von 6 Monaten, oder bis zum Abschluss eines ordentlichen Schiedsverfahrens, angeordnet werden. Eilbedürfnis und Sicherheitsinteressen sind glaubhaft zu machen. Den Beteiligten muss Gelegenheit zu den Stellungnahmen gegeben werden.
- (4) Gegen einen Beschluss der Landesschiedskommission ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben.
- (5) Für Landeschiedsverfahren gelten die Bestimmungen der Bundesschiedsordnung der Partei

Initiativantrag / Resolution

Initiativantrag 01

Beschluss des Landesparteitages am 29./30.10.2022

Binding muss bleiben!

DIE LINKE begrüßt es, dass sich die Beschäftigten der Binding-Brauerei gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft NGG gegen die geplante Schließung am Standort Frankfurt wehren. Das Schicksal von 150 Menschen und ihrer Familien steht hier ebenso auf dem Spiel wie ein Kulturgut, das bereits seit dem Jahre 1870 mit der Stadt Frankfurt verwachsen ist.

Es darf nicht sein, dass einzelne Milliardäre über die Zukunft der Menschen entscheiden. Auch die Stadt Frankfurt muss sich fragen lassen, ob ihre Bodenbewirtschaftungspolitik den Erfordernissen der Zeit entspricht. Wenn es lukrativer ist, das Grundstück einer Brauerei zu verkaufen, als eine Brauerei zu betreiben, dann stimmt etwas nicht.

Wenn der Druck der Belegschaften und der Öffentlichkeit nicht ausreicht, um die Radeberger Gruppe dazu zu bewegen, die Brauerei doch zu erhalten, dann müssen die Stadt Frankfurt und die Landesregierung Binding in eine Staatsbrauerei umwandeln.

Wenn Frankfurt und Hessen jeweils ein staatliches Weingut betreiben, dann würden der Stadt und dem Land auch eine Staatsbrauerei gut zu Gesicht stehen. Andere Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg haben dies bereits vorgemacht.

Resolution 01

Beschluss des Landesparteitages am 29./30.10.2022

Die völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der Türkei im Nordirak und Nordsyrien jetzt stoppen!

Wir verurteilen die anhaltenden Kriegshandlungen der Türkei gegen kurdische, alevitische, yezidische und christliche Volksgruppen in Nordsyrien, die dazu führen, dass allein in der letzten Woche 17 Freiheitskämpfer*innen durch Giftgas getötet wurden.

Um diese Taten zu vertuschen, wird die Berichterstattung darüber in der Türkei auch dieses Mal aktiv behindert: 11 Journalist*innen, die über den Giftgasanschlag berichten wollten, wurden umgehend in Ankara verhaftet. Prof. Dr. Sebnem Korur Fincanci, ein namhafter Mediziner und Inhaber eines Lehrstuhls in Istanbul, verurteilte die Gräueltaten des Giftgasanschlags öffentlich und wurde ebenfalls direkt inhaftiert.

Wir fordern die sofortige Freilassung der Gefangenen und einen Stopp der Giftgasanschläge gegen die Freiheitsbestrebungen der kurdischen Bevölkerung! Erdogan darf nicht gewinnen! Rojava muss bleiben! Hoch die internationale Solidarität!